Spangenberger Zeitung.

Amtlicher Anzeiger für die **Stadt Spangenberg.**

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend nachmittag. Bezugspreis vierteljährlich frei ins Haus 1,80 Mk., durch den Briefträger gebracht 1,20 Mk., monatlich 40 Pfg.

Allgemeiner Anzeiger für Stadt und Land.

Telefon Nr. 27.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hugo Munzer, Spangenberg.

Telefon Nr. 27.

Amtsblatt für das **K. Amtsgericht Spangenberg**

Anzeigen-Gebühr: Die 6gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für auswärtige 20 Pfg., Reklamezeile 30 Pfg. Bei größ. Aufträgen entsprechenden Rabatt. Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

Nr. 98. Donnerstag, den 9. Dezember 1920. 13. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.

Auszug aus der Anordnung des Kreisausschusses vom 19. 8. 20 — K. 1924 — (Nr. 74 des Melsunger Tagesblatts):

§ 8. Vermieter von Wohnräumen, Geschäftsräumen, Büros, Läden und Werkstätten sind verpflichtet, den Abschluß eines Mietsvertrages der Gemeindebehörde binnen 1 Woche nach Abschluß des Vertrages unter Beifügung des Vertrages anzuzeigen. Die Anzeige muß Bezeichnung, Größe, Art und Lage der Wohnung, sowie den Namen des Mieters und die Höhe des jetzt vereinbarten und des am 1. Juli 1914 für die Wohnräume usw. gezahlten Mietzinses enthalten.

Die Gemeindebehörde hat die Anzeige mit ihrer Stellungnahme umgehend an das Kreiswohnungsamt weiterzureichen.

Uebersteigt der vereinbarte Mietzins den Betrag der für Wohnräume, Geschäftsräume, Büros, Läden und Werkstätten der gemieteten Art und Ausstattung unter Berücksichtigung der Nebenleistungen des Vermieters üblich und angemessen ist, so können sowohl die Gemeindebehörden und das Kreiswohnungsamt innerhalb einer Woche nach Eingang der Anzeige, als auch der Mieter bis zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages bei dem Einigungsamte beantragen, daß der Mietzins auf die angemessene Höhe herabgesetzt wird; etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten als Teile des Mietzinses, ebenso eine für den Nachweis der Mieträume gezahlte Belohnung, soweit sie dem Vermieter unmittelbar oder mittelbar zufließt.

Aus einem Mietvertrage, der der Gemeindebehörde nicht angezeigt ist, können von dem Vermieter keine Ansprüche geltend gemacht werden. Der Vertrag wird auch in Anschung der Ansprüche des Vermieters wirksam, wenn weder die Gemeindebehörde oder das Kreiswohnungsamt noch der Mieter innerhalb der Frist (Absatz 3) eine Herabsetzung des vereinbarten Mietzinses beantragt wenn die Anträge auf Herabsetzung zurückgezogen werden oder wenn das Einigungsamt über die Anträge entscheidet. 4231

Verkehr in den Straßen bei Schnee und Eis.

Das Rodeln usw. in den Straßen der Stadt ist verboten. Eine strenge Durchführung des Verbots ist, da sowohl der Wagen- als auch der Fußgängerverkehr gefährdet wird, unerläßlich. Verstöße werden bestraft.

Die Eltern usw. werden hierdurch aufgefordert, ihre Kinder zu verwarnen.

Es wird daran erinnert, daß bei Glätte die Anlieger die Straße mit abstumpfenden Stoffen (Asche usw.) zu bestreuen haben.

Unterlassungen, die Unglücksfälle zur Folge haben können, unterliegen ebenfalls der Bestrafung.

Spangenberg, den 7. Dezember 1920.

Die Polizeiverwaltung, Schier.

4550

Zahlung des Reichsnotopfers.

Auf die Bekanntmachung des Finanzamts vom 2. Dezember 1920, die in den Aushängekästen (am Rathaus, am Hause des Provisors Georg Schäfer I und am Hause des Kaufmanns Karl Bender) angebracht sind, wird hierdurch hingewiesen.

Spangenberg, den 3. Dezember 1920.

Der Bürgermeister, Schier.

4397

Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Zur Behebung von Zweifeln wird erneut darauf hingewiesen, daß bei Entrichtung der

Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs

in dem im Steuerbescheid aufgeführten Fälligkeitstermin den Abgabepflichtigen 6% Zwischenzinsen von der Finanzkasse vergütet werden, die Abgabe also um diesen Betrag geringer wird. Es liegt also besonders im Interesse des Abgabepflichtigen, von dieser Vergünstigung weitgehendst Gebrauch zu machen. Annahmestelle für Kriegsanleihe und Zahlungsstatt auf diese Abgabe ist die Regierungshauptkasse Cassel

Melsungen den 29. November 1920.

Finanzamt.

4476

Beschäftigung ausländischer Arbeiter.

Nach einem Erlaß des Herrn Reichsarbeitsministers ist bei der Beschaffung ausländischer Arbeiter in Zukunft wie folgt zu verfahren.

Die Arbeitgeber richten ihre Anträge auf Zuweisung ausländischer Arbeiter an das Landratsamt (durch die Hand der Ortsbehörde), welches sie nach Prüfung an das Landesarbeitsamt weiterleitet. Das Landesarbeitsamt gibt dann im Falle seiner Zustimmung die Anträge an die Landwirtschaftskammer oder die Deutsche Arbeiterzentrale weiter.

Ich ersuche die Herrn Bürgermeister, die Arbeitgeber hierauf hinzuweisen.

Melsungen, den 30. November 1920.

Der Landrat.

4506

Oeffentliche Sitzung

der **Stadtverordneten-Versammlung am Montag, den 13. Dezember 1920,** abends 8 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Anderweite Regelung des Tagesdienstes des Nachtwächters.
2. Wahl einer gemischten Kommission zur Regelung des Gemeindesteuerwesens (Erhöhung der Hunde-, Bier-, Branntweinsteuer, Besteuerung der reichseinkommensteuerfreien Beträge usw.)
3. Aufnahme eines Darlehns zur Bestreitung der Kosten des elektrischen Ortsnetzes für Licht- und Kraftversorgung.
4. Regelung der Frage der Hausanschlüsse für die elektrische Licht- und Kraftversorgung.
5. Verbreiterung der Pfiffebrücke im Zuge der Bahnhofsstraße (in der Nähe des Gasthofes Heinz).
6. Trinkwasserversorgung der gewerblichen Unternehmungen und der Wohnungen im Dörnbach usw.
7. Besprechung sonstiger Angelegenheiten.

Spangenberg, den 8. Dezember 1920.

Siebert, Stadtverordnetenvorsteher.

Nährmittel für Kinder.

Auf die Nährmittelkarten für Kinder kommen für den Monat Dezember zur Verteilung:

Auf Abschnitt Nr. 1:
1 Pfd. Weizenmehl, 75%.

Auf Abschnitt Nr. 2:
1 Pfd. Haferflocken.
1 Pfd. Grieß.

Auf Abschnitt Nr. 3:
2 Pfd. Zucker.

Die Lebensmittel können in den bekannten Geschäften, der Zucker in allen Verkaufsstellen gegen Abgabe der betreffenden Abschnitte in Empfang genommen werden.

Melsungen, den 30. November 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

4504

Millionengewinne auf Kosten des Reiches.

Wo das Geld der Steuerzahler bleibt.

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages kam es bei der Beratung des Etats des Reichsschatzministeriums zu bemerkenswerten Auseinandersetzungen über einen Vertrag, den die Deutschen Werke A.-G. in Spandau mit einem Herrn Richard Kahn abgeschlossen haben.

Diesem Herrn, der 29 Jahre alt ist, und keine eigene Firma besitzt, wird durch den Vertrag die kommissionsweise Verwertung sämtlicher in den Deutschen Werken freiwerdenden Werkzeugmaschinen und sonstiger Spezialmaschinen für Kriegsgerät übertragen. Bei den Werkzeugmaschinen handelt es sich allein um ein Objekt von schätzungsweise 47 000 Tonnen. Nach den Darlegungen des Reichsschatzministers von Raumer ist der Verrechnung der Maschinen, die als solche weiterverkauft werden, der doppelte Schrottpreis zugrundegelegt. Der beim Weiterverkauf erzielte Ueberpreis wird nach Abzug einer Provision von 5 bis 12 vom Hundert für Kahn zur Hälfte geteilt. Der sehr niedrig festgesetzte Schrottpreis ist inzwischen ganz erheblich gestiegen, nämlich bis zu 50 Prozent und darüber, so daß Kahn allein beim Schrottverkauf Millionen verdiene.

Weit größere Gewinne erzielt er beim Verkauf der Werkzeugmaschinen, bei dem es sich für das laufende Quartal unter Zugrundelegung des Verkaufswertes ein Ueberpreis von etwa 4 bis 5000 Mark pro Tonne ergibt. Der Verkauf von nur 10 000 Tonnen Werkzeugmaschinen wirft für Kahn einen Gewinn in Höhe von 31 Millionen Mark ab. Dabei sind mit dem Vertrag noch zahlreiche Klauseln verbunden, die für Kahn besondere Vorteile in sich schließen.

Da der Vertrag in der Oeffentlichkeit einen Sturm hervorgerufen hat, so ist versucht worden, ihn in einigen Punkten in einem für das Reich günstigen Sinne zu revidieren, doch wird im wesentlichen die hohe Verdienstmöglichkeit für den Vertragsgegner durch diese Aenderungen nicht berührt. Bemerkenswert war in den Verhandlungen des Hauptausschusses die scharfe Stellungnahme des Reichsschatzministers gegen den Vertrag und die Direktion der Deutschen Werke, die ihn abgeschlossen und sich seitdem veranlaßt gesehen hat, von ihren Aemtern zurückzutreten. Die Angelegenheit dürfte die deutsche Oeffentlichkeit noch längere Zeit beschäftigen.

Eine neue Protestnote.

Ententeverbot deutscher Ministerreden.

Die Entente hat in Berlin beim Auswärtigen Amt eine Note überreichen lassen, in der gegen die von den deutschen Reichsministern bei ihren Besuchen in Köln und Düsseldorf gehaltenen Reden Einspruch erhoben wird. In der Note wird die Erwartung ausgesprochen, daß in Zukunft derartige Kundgebungen deutscher Regierungsvertreter im besetzten Gebiet unterbleiben. Das Kabinett hat hierzu noch keine Stellung genommen.

*

Man erinnert sich des Widerhalles, den die Reden des Kanzlers und des Außenministers bei ihrer letzten Rheinlandreise in der Ententepresse gefunden hatten. Die Ententeregierungen glaubten wohl, sich dem Drucke der öffentlichen Meinung nicht entziehen zu können und haben allem Anschein auf der letzten Konferenz in London die gemeinsame Note der Besatzungsmächte vereinbart, die jetzt durch die Ententebotschafter in Berlin überreicht worden ist.

Welche Stellen der verschiedenen im Rheinland gehaltenen Ministerreden den Protest der Alliierten veranlaßt haben, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Die Reden waren, wie man sich noch erinnern wird, in einer für Ententeempfindlichkeit etwas allzu scharfen Tonart gehalten, doch waren sich die deutschen Staatsmänner ihrer Verantwortung wohl bewußt und haben geflissentlich jede Redewendung vermieden, die als Hetze gegen die Besatzungsmächte ausgelegt werden könnte. Man kann den Grund für das Redeverbot daher nur darin suchen, daß die ungeschminkte Darstellung der tatsächlichen Notlage, in die Deutschland durch die Versailler Friedensbedingungen gebracht worden ist, von der Entente im besetzten Gebiet nicht gern gesehen wird. Es hätte jedoch sicherlich im beiderseitigen Interesse gelegen, wenn die Entente die deutsche Regierung auf einem anderen, weniger demütigenden Wege gebeten hätte, in Zukunft von ähnlichen Reden Abstand zu nehmen. Nunmehr ist durch das formelle Redeverbot wieder, wie so oft, eine Mißstimmung geschaffen, die leicht geeignet ist, das sachliche Ergebnis der bevorstehenden Besprechungen über die Wiedergutmachungsfrage in Brüssel, an denen auch deutsche Sachverständige teilnehmen sollen, zu beeinträchtigen und eine Einigung überhaupt in Frage zu stellen.

*

Nachträgliches zur Kanzlerreise.

Im Anschluß an die Reise des Reichskanzlers und des Reichsministers des Auswärtigen ist, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" offiziös mitteilt, in verschiedenen Teilen des Reiches, insbesondere im Ruhrgebiet, Bedauern darüber laut geworden, daß die Reise nicht auch auf andere Gebiete ausgedehnt worden ist. So sehr der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen auch gewünscht hätten, gerade in das rheinisch-westfälische Gebiet, als Zentrum der deutschen Arbeit zu reisen, um dort persönlich Land und Leute kennen zu lernen, so ließen es doch die in Berlin wartenden dringenden Arbeiten nicht zu, die Reise noch länger auszudehnen. Der Reichskanzler hofft, daß er ein anderes Mal auch die jetzt nicht berücksichtigten Gebiete besuchen und ihm zugegangenen Einladungen Folge leisten kann.

Die Krise im Völkerbund.

Argentinien hält an seiner Absage fest.

Der argentinische Zwischenfall ist nunmehr nach außen hin erledigt. Die Völkerbundversammlung hat die Erklärung der argentinischen Delegation schweigend entgegengenommen und dann die Abänderungsanträge Argentiniens, die auf einen Ausbau des Versailler Völkerbundes zu einer wirklichen, alle Staaten umfassenden Gesellschaft der Nationen hinzielten, derselben Kommission überwiesen, der bereits die Bearbeitung der skandinavischen Abänderungsanträge übertragen wurden. Damit ist die Erörterung der Vorschläge bis zur nächsten Völkerbundstagung im Sommer 1921 vertagt.

Der Konflikt ist damit an und für sich beigelegt. Welche Wirkungen aber er noch zeitigen wird, läßt sich heute noch gar nicht übersehen. Zunächst ist die künftige Stellung Argentiniens selbst gegenüber dem Völkerbund vorläufig sehr unklar. Zwar hat bekanntlich Minister Pueyrredon, der mutige Vertreter der argentinischen Sache in Genf, selbst erklärt, daß das Fernbleiben seiner Delegation von den Arbeiten des Kongresses nicht den Austritt Argentiniens aus dem Völkerbunde bedeute, und dieser Standpunkt wurde übereinstimmend auf den Artikel 1 des Paktes zurückgeführt, welcher bestimmt, daß jedes Mitglied nur nach einer zweijährigen Kündigungsfrist aus dem Bunde ausscheiden kann und auch dann nur unter der Bedingung, daß es in diesem Zeitpunkte alle seine internationalen Verpflichtungen erfüllt habe. Nun gibt es aber im Völkerbundsstatut noch einen anderen Artikel, der sich mit dem Austritt eines Mitgliedes beschäftigt, nämlich Artikel 26. Der zweite Absatz dieses Artikels bestimmt, daß es jedem Mitgliede des Bundes freisteht, etwaige Aenderungen des Paktes, die durch den Rat und die Versammlung angenommen worden sind, nicht anzuerkennen, und daß dieses Mitglied dann aufhört, am Völkerbunde teilzunehmen. In diesem Falle kommt also eine Kündigungsfrist nicht in Betracht.

Die französische Presse hat den Vorfall wieder einmal zu einer großzügigen Hetze gegen Deutschland weidlich ausgenützt. Die argentinische Delegation wird von den Pariser Zeitungen allgemein als Wortführerin Deutschlands bezeichnet. Man glaubt hinter diesem Vorgehen wiederum ein „Manöver Deutschlands" erblicken zu müssen und man verbreitet sogar das unsinnige Gerücht, daß Deutschland mit diesem Manöver nicht mehr und nicht weniger bezweck verfolge, als entweder den Eintritt in den Völkerbund zu erzwingen oder den Völkerbund zu sprengen.

Einer Richtigstellung dieser sinnlosen Gerüchte bedarf es wohl kaum. Argentinien hat bei seinem Schritt in Genf zweifellos die Zulassung aller Staaten zum Völkerbund erstrebt. Auch Deutschland hat, wie der Minister Simons vor einiger Zeit erklärte, vorläufig gar keine Veranlassung, sich bei dem Völkerbund anzumelden. Alle deutschen Parteien sind fast ausnahmslos der Auffassung, daß die Voraussetzung für eine Teilnahme Deutschlands eine völlige Aenderung des Geistes des Völkerbundes sein müßte. Vor kurzem noch vertrat der Abg. Stresemann auf dem Nürnberger Parteitag der Deutschen Volkspartei die Ansicht, daß wir ruhig abwarten sollen, welche Entwicklung auf internationalem Gebiete durch den Zusammenbruch der Völkerbundsideen in den Vereinigten Staaten von Amerika vor sich geht.

Tatsächlich hat die Absage Argentiniens in Amerika großes Aufsehen erregt, und es ist anzunehmen, daß sie noch weittragende Folgen haben wird. In Paris befürchtet man bereits, daß die südamerikanischen Staaten dem Beispiel Argentiniens folgen und ihren Austritt aus dem Völkerbund erklären werden.

Die größte Gefahr erblickt man aber darin, daß ein neuer Völkerbund unter der Führung der Vereinigten Staaten und unter Beteiligung der amerikanischen Republiken und — daran stoßen sich die Franzosen am meisten — Deutschlands zustande kommen könnte. Gegenüber einem wahren Völkerbund kann der Versailler Völkerbund, der vor kurzem treffend als Syndikat der Sieger zur Ausnützung des Friedens bezeichnet worden ist, unmöglich auf die Dauer bestehen. Der Austritt Argentiniens ist der Anfang von der Auflösung des Versailler Völkerbundes, die vielleicht rascher eintreten kann, als man heute schon übersehen kann.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 8. Dezember 1920.

— Dem Demokratischen Parteitag in Nürnberg liegt unter anderem ein Antrag des in Chemnitz-Zwickau gewählten Reichstagsabgeordneten Brodauf vor, die Deutschen Demokratischen Partei den Namen „Deutsche Fortschrittliche Volkspartei" zu geben.

— Nach dem Bericht des Finanzausschusses des Braunschweigischen Landtages wird der Fehlbetrag im Staatshaushaltsplan 1920-21 23 Millionen Mark betragen.

*

:: **Polnische Spionage in Deutschland.** Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die polnische Propagandatätigkeit in vielen Gegenden Deutschlands in letzter Zeit bedenklich zugenommen. Zahlreiche neue polnische Vereine sind entstanden. Unter den neu gebildeten nehmen die Sokol-Vereine und die „Fürsorgevereine für Oberschlesien" die erste Stelle ein. Vereinzelt ist versucht worden, Stimmen für Polen käuflich zu erwerben, sich Urkunden Abstimmungsberechtigter unrechtmäßig anzueignen, Waffen aufzukaufen und diese in größeren Mengen nach Polen zu schaffen. Wiederholt wurde beobachtet, daß Hausierer und polnische „Flüchtlinge" das Land bereisen und systematisch auf der Teilnahme an der Abstimmungsfahrt abraten. Polnische Spionagebureaus, die im Dienste Korfantys stehen, befinden sich nach zuverlässigen Mitteilungen in Breslau, Görlitz, Frankfurt a. O., Schneidemühl, Berlin, Bremen, Duisburg, Dortmund und Hamm. Auch für die Volksabstimmung in Oberschlesien tätigen Stellen und Einzelpersonen wird deshalb ganz besondere Vorsicht in bezug auf die Aufbewahrung der Akten und Urkunden der Abstimmungsberechtigten dringend empfohlen.

:: **Russischer Erpressungsversuch an Bayern.** Die bayerische Regierung hat verfügt, daß, um irgendwelchen Unbotmäßigkeiten oder Bolschewisierungsabsichten der in Bayern internierten Russen zu verhüten, die Russen die Lager nicht verlassen dürfen, daß Urlaub nicht erteilt werde und vor allem, daß sie nicht in landwirtschaftlichen Betrieben untergebracht werden, wie dies während des Krieges zur Zeit des Landarbeitermangels der Fall war. Diese Maßnahme der bayerischen Regierung ist der Sowjetregierung in Moskau berichtet worden, die daraufhin eine Gegenmaßnahme verfügt hat, daß die bayerischen Kriegsgefangenen in Rußland nicht zurückgeschafft transportiert werden, bevor die bayerische Regierung ihre Maßnahme zurücknimmt. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu wissen, daß die Sowjetregierung bereits auf dem Transport befindliche bayerische Kriegsgefangene, — man spricht von 60 bis 100 — zurückgehalten habe, weil Moskau gemeldet wurde, daß die in Bayern internierten Russen schlecht ernährt und nicht zweckentsprechend behandelt würden. Die bayerische Regierung hat bei der Reichsregierung Protest erhoben und die wiederum in Moskau. Ob und welchen Erfolg dieser Protest haben wird, ist noch nicht bekannt.

:: **Einmütige Ablehnung des Abstimmungsvorschlages für Oberschlesien.** Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich am Dienstag mit der Antwortnote auf den englischen Vorschlag über die Abstimmung in Oberschlesien. Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Sie ergaben gegenüber dem Vorschlage des englischen Premierministers völlige Einmütigkeit. — Die in Bayern lebenden Oberschlesier haben an die Reichsregierung die dringende Bitte gerichtet, die neue Forderung der Entente mit aller Entschiedenheit abzulehnen und auf der Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages zu bestehen.

:: **Zuchthaus für Schleichhandel.** Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit einem Gesetzentwurf über die Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel usw. und den dazu gestellten Anträgen. Angenommen wurde § 1, der lautet:

„Wer sich des Schleichhandels, einer vorsätzlichen Preistreiberei oder einer vorsätzlichen verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände schuldig macht, wird in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus von 1–15 Jahren und Geldstrafen von mindestens 20 000 Mark bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt."

Ein demokratischer Antrag, wonach Zuwendungen von rationierten Lebensmitteln an Gasthausgäste nicht so schwer an den Gastwirten geahndet werden sollen, wurde abgelehnt, eine Bevorzugung der Gastwirte darf also nicht stattfinden. Ferner wurde der § 2 in folgender Fassung angenommen:

„Als besonders schwerer Fall ist insbesondere anzusehen, wenn der Täter aus Habsucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt, wenn der Täter durch Preistreibereien aus Habsucht die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise ausbeutet, und wenn es der Täter unternimmt, Vieh, Lebensmittel, Futtermittel oder Düngemittel ins Ausland zu verschieben, es sei denn, daß es sich um geringfügige Werte handelt."

:: **Selbstverwaltung der Domänen.** Bisher waren die Staatsdomänen immer verpachtet worden, die Selbstbewirtschaftung durch den Staat fand nur ausnahmsweise statt und zwar meistens nur vorübergehend, um neuerworbene Domänen für die Verpachtung herzurichten oder um heruntergewirtschaftete Domänen wieder vor ihrer Verpachtung in Kultur zu bringen. Nunmehr hat die preußische Staatsregierung der Landesversammlung einen Gesetzentwurf unterbreitet, demzufolge die Selbstbewirtschaftung geeigneter Domänen im Gesamtumfange bis zu 30 000 Hektar geplant ist und dazu 180 Millionen Mark angefordert werden. Die gesamte Selbstbewirtschaftung soll eine Organisation privatwirtschaftlicher Art darstellen, der die Aufgabe übertragen wird, für Rechnung des Staates Domänen zu bewirtschaften. Es ist daher in Aussicht genommen, für die praktische Durchführung der Selbstbewirtschaftung von Domänen vom Preußischen Staate unter Mitwirkung der Seehandlung eine Aktiengesellschaft (Preußische Domänen-Treuhand-Gesellschaft) mit einem eigenen Kapital von etwa 100 000 Mark zu gründen und ihr die Bewirtschaftung von Domänen für Rechnung des Staates zu übertragen. Im großen ganzen ist beabsichtigt, die Tätigkeit der Treuhand-Aktiengesellschaft auf die Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und die verbliebenen Teile von Westpreußen und Posen zu beschränken.

:: **Der erste Kongreß der Auslandsdeutschen** hat soeben unter großer Beteiligung aus sämtlichen Teilen Deutschlands in Hamburg stattgefunden. Der Bund, der von der Regierung als Selbstverwaltungskörper und Interessenvertretung der Auslandsdeutschen anerkannt ist, vertritt die materiellen Interessen der Auslandsdeutschen und ist offiziell mit der Prüfung der Vorentschädigungen betraut. Außerdem will er, wie der Hamburger Kongreß ergab, darüber hinaus die kulturelle und zivilisatorische Bedeutung des Auslandsdeutschtums zur Geltung bringen. Er verlangt daher staatliche Unterstützung beim Umzug, Gewähr für freie Rückkehr ins Ausland, Wiederaufbau und Pflege der deutschen Schulen, Missionen, Hospitäler, Kirchen und wissenschaftlichen Institute im Ausland, Heranziehung von Auslandsdeutschen zur Bearbeitung der sie berührenden Fragen und aktives sowie passives Reichstagswahlrecht für die Auslandsdeutschen. Der Reichspräsident hat dem Kongreß telegraphisch sein warmes Interesse für die Entwicklung des Auslandsdeutschtums, dessen hervorragende Bedeutung für die Wiederaufnahme der deutschen Wirtschaft er voll würdige, zum Ausdruck gebracht.

:: **50jähriges Jubiläum der „Germania".** Gleichzeitig mit der Zentrumspartei kann in diesem Monat das führende Berliner Organ dieser Partei, die „Germania", das Fest ihres fünfzigjährigen Bestehens begehen. Am 13. Dezember 1870 war die Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses gegründet worden und über vier Tage später erschien die erste Nummer der „Germania". Aus diesem Anlaß hat nun das Blatt eine sehr lesenswerte und reichhaltige Jubiläumsnummer herausgegeben. Neben der Geschichte der Germania enthält diese Festausgabe u. a. eine Anzahl Artikel über Politik, Volkswirtschaft, Wissenschaft und Kunst aus der Zeit der letzten 50 Jahre, die für weite Kreise ein großes Interesse beanspruchen können.

Rundschau im Auslande.

: Die Banden des letzten antibolschewistischen Generals Balachowitsch sind über die polnische Grenze gedrängt und dort angeblich entwaffnet worden. Balachowitsch ist leicht verwundet in Warschau.

: Die sprozentige französische Anleihe, deren Zeichnungsfrist dieser Tage zu Ende gegangen ist, hat etwa 30 Milliarden Franken als Zeichnungsbetrag ergeben.

: Eine Depesche aus Kalkutta besagt, daß Clemenceau krank nach Kalkutta zurückgekehrt sei und darauf verzichte, seine Weltreise zu vollenden.

: Nach einer Havasdepesche aus Konstantinopel sind in Trapezunt (Kleinasien) bolschewistische Truppen gelandet worden. Zugleich wird bestätigt, daß Kemal Pascha einen Teil seiner Armee gegen die griechische Front bei Smyrna geworfen hat.

: Das persische Parlament hat den englisch-persischen Vertrag, durch den England Schutzstaat Persiens werden würde, abgelehnt.

*

Freistaat Danzig: Regierungswahl in Danzig.

: Die verfassunggebende Versammlung der „Freien Stadt Danzig" hat am Montag mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien beschlossen, die Umwandlung der verfassunggebenden Versammlung zur gesetzgebenden Volkstag" zu erklären. Neuwahlen finden demnach nicht statt. Hierauf wurde die Regierung der Freistadt in Gemäßheit des verfassungsmäßig vorgesehenen Senates gewählt. Zum Senatspräsidenten und damit zum Staatsoberhaupt wurde Oberbürgermeister Sahm mit allen abgegebenen 38 bürgerlichen Stimmen — Sozialisten und Polen hatten vor der Wahl den Saal verlassen — auf zwölf Jahre gewählt. Dann wurden noch fünf hauptamtliche Senatoren und noch vierzehn Parlamentssenatoren im Nebenamte gewählt. Die Regierung ist eine reine bürgerliche und setzt sich aus Vertretern des Zentrums, der Deutschnationalen und der Demokraten zusammen.

Oesterreich: 20 000 Staatsbeamte im Streik.

: Wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen ist ein Teil der Staatsbeamten in den Streik getreten. Wichtige Teile der staatlichen Verwaltung sind dadurch zum Stillstand gebracht und zahlreiche Auszahlungen des Staates dadurch ins Stocken geraten, da die Gelder, die von der Regierung angewiesen wurden, nicht ausgezahlt werden können. Es streiken außerdem die Steuerbeamten und die Telegraphenbeamten, so daß eine Beförderung von Telegrammen behindert ist. Es ist mit einer längeren Dauer des Streikes zu rechnen. Die Regierung erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, angesichts der schlechten finanziellen Lage des Staates die Forderungen zu bewilligen. An den Streik sind etwa 20 000 Beamte beteiligt. — Gleichzeitig werden aus Wien schwere Arbeitsstreitigkeiten der Metallarbeiter gemeldet, die wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderung eine große Demonstration veranstalteten. Etwa 200 000 Arbeiter durchzogen die Innenstadt, wobei es zu verschiedenen Zwischenfällen kam. Die Menge hielt auch ein Automobil an, in dem sie Stieber vermutete und zertrümmerte durch einen Steinwurf die Fensterscheibe. In dem Automobil saß die Gemahlin des Chefs der französischen Militärmission, General Hadder, und ihre Schwiegertochter. Frau Hadder erlitt durch den Steinwurf und durch Glassplitter eine Schnittwunde im Gesicht. Die Regierung hat sofort dem französischen Gesandten das Bedauern ausgedrückt.

Oesterreich: Gobelins gegen Getreide.

: Die Gobelins aus der Hofburg werden mit Zustimmung der Reparationskommission noch in diesem Monat an Holland verpfändet, weil der Betrag von 60 000 Tonnen Getreide, die den Bedarf für Januar und Februar decken sollen, noch im Dezember beschafft werden muß. Offiziell wird mitgeteilt, daß die Verpfändung nur sehr kurze Zeit dauern wird. Die dringend verlangten Kredite der Entente an Oesterreich werden wohl bewilligt werden, aber mehr als ein Kredit für Nahrungsmittel ist nicht zu erwarten. Oesterreich braucht jährlich für 30 Millionen Dollar Getreide allein. Allerdings dürfte sich der Kurs der Krone etwas heben, wenn man nicht mehr so viel fremde Valuten für Nahrungsmittel bezahlen müßte.

Griechenland: Die Wahl Konstantins.

: Die Volksabstimmung verlief in völliger Ruhe. Lediglich einige hundert Frauen demonstrierten zugunsten Konstantins. Es ist schon jetzt sicher, daß das Ergebnis der Volksabstimmung zugunsten König Konstantins ausfallen wird, da nur die Royalisten ihre Stimme abgegeben haben. Ein griechischer Kreuzer hat sich nach Konstanza begeben, um den Kronprinzen Georg von Griechenland an Bord zu nehmen, der sich in Konstantinopel auf das Kriegsschiff „Averof" begeben wird, um von dort nach dem Piräus in See zu gehen. Von da fährt der „Averof" nach Triest, um den König Konstantin an Bord zu nehmen.

Italien: Beilegung des Fiumekonfliktes.

: Die Verhandlungen zwischen der italienischen Regierung und d'Annunzio stehen dicht vor einem günstigen Abschluß. Der Kommandant von Fiume hat einige Bedingungen gestellt, die jedoch lediglich von formeller Bedeutung zu sein scheinen, so daß die Regierung in Rom ihrer Annahme geneigt ist. Vor allem dürfte es sich um die offizielle Anerkennung der „Regentschaft von Carnero" durch Italien handeln. Man erwartet sündlich die Unterzeichnung des „Friedensvertrages". — Die Verhängung der Blockade soll angeblich auf ein „Mißverständnis" zurückzuführen sein, in Wirklichkeit wird man in der Rückgängigmachung der Blockade in Nachgeben der italienischen Regierung gegenüber den italienischen Nationalisten zu erblicken haben.

Aus Stadt und Land.

** **Der Zustand der Kaiserin.** In dem Krankheitszustand der früheren deutschen Kaiserin ist während der letzten Tage keine Veränderung eingetreten. Der frühere Oberhofprediger Dr. Dryander ist wieder nach Berlin zurückgekehrt. Prinz und Prinzessin Oskar sowie der Herzog von Braunschweig sind ebenfalls nach Deutschland abgereist. — Der ehemalige Kaiser entsandte an die Behörden der Umgebung, sowie an die

chiedenen Verwandten und Bekannten eine gedrucke Zusagung für die Teilnahme, die aus Anlaß der Verschlimmerung des Krankheitszustandes der, wie es dem Schreiben heißt, „Kaiserin und Königin" bestimmt wurde. Die Prinzen Eitel Friedrich und August Wilhelm sind in Doorn zurückgeblieben.

** **Familiendrama im Schwarzwald.** In dem Schwarzwaldort Nippoldsau hat der Fabrikant Max Wülffingen infolge finanzieller Schwierigkeiten im Einverständnis mit seiner Frau diese, seine drei kleinen Kinder im Alter von ein bis drei Jahren und dann sich selbst erschossen.

** **Die Mutter von dem eigenen Sohn erwürgt.** In Langfuhr ermordete der 22jährige Kaufmannslehrling Erich Lange, Sohn eines Eisenbahnoberschaffners, seine Mutter in der elterlichen Wohnung durch Erdrosseln mit einem Handtuch. Der Täter lebte mit seinen Eltern in Unfrieden und wollte die Abwesenheit seines nach Berlin versetzten Vaters benutzen, um von der Mutter Geld zu erhalten, das sie ihm verweigerte. Nach der Tat legte er die Leiche der Mutter auf das Bett in der Mädchenkammer, fesselte ihr die Hände und steckte ihr einen Knebel in den Mund, um einen Ueberfall vorzutäuschen. Bis Mitternacht trieb er sich in der Stadt umher und war auch in einem Kino. Als er gegen Mitternacht versuchte, in der elterlichen Wohnung zu übernachten, wurde er festgenommen. Er ist geständig.

** **Roheitsakt eines Reichswehrsoldaten.** Schwere Ausschreitungen beging dem „Berl. Tagebl." zufolge der 21jährige Soldat Fritz Balzer vom Reichswehrinfanterieregiment Nr. 5 auf der Chaussee zwischen Spornim und Bornstedt bei Potsdam. Er verletzte mehrere wehrlose Passanten durch Messerstiche schwer und stach auch einer schutzlosen Frau das rechte Auge aus. Balzer konnte verhaftet werden.

** **Schwere Sprengexplosion in Bayern.** In den bayerischen Sprengstoffwerken Neumarkt (Oberpfalz) fand aus unaufgeklärter Ursache eine Explosion im Schwarzpulverschraum statt. Drei Tote, etwa zehn Schwerverletzte und Hunderte von Leichtverletzten wurden geborgen. Die Gebäude sind stark beschädigt. Der Betrieb wird teilweise aufrechterhalten. Unbestätigte Berichte melden fünfzehn Tote.

— ** **Der älteste Mitbürger der Stadt Goslar** (Harz) Friedrich Ringing sen. beging jetzt seinen 101. Geburtstag. Der Magistrat hat das immer noch rüstige Geburtstagskind mit einem Glückwunschschreiben und einem Frühstückskorb nebst Blumengebinde geehrt.

Kleine Nachrichten.

* Ein Großfeuer in den Eisenbahnhauptwerkstätten in Penarth bei Königsberg hat die Licht- und Kraftzentrale und zahlreiche Werkzeugmaschinen zerstört und einen Schaden von annähernd zwei Millionen Mark verursacht.

* Seit Dienstag früh streiken in dem Industriebezirk zwischen Dresden und Pirna, hauptsächlich in Nieder-Sedlitz und Heidenau, die Beamten der großen industriellen Unternehmungen, wie verlautet, wegen nichterfüllter Gehaltsforderungen.

* 25 000 Arbeiter der Textilindustrie des München-Gladbacher Gebiets haben die Arbeit wegen der Nichtbewilligung der 46stündigen Arbeitswoche niedergelegt.

Volkswirtschaftliches.

— ** **Der Preissturz der deutschen Reichsmark** setzte sich am Dienstag an der Berliner Börse weiter fort. Umgekehrt zogen die ausländischen Zahlungsmittel infolge des Kaufhungers des Publikums scharf an. Der Dollar stellte sich auf 76–80 Mark, holländische 100 Guldennoten kamen auf 2350 Mark. Das deutsche Zwanzigmarkstück wurde mit 318 Mark angeboten.

(S) **Berlin**, 7. Dezbr. (Warenmarkt.) Mais Januar 170–172, Januar-März 166–170, Flegelstroh 24–25, Preßstroh 24–25, Maschinenstroh 20–22, Häcksel 31–33, Wiesenheu 33–37, Feldheu 39–43, Kleeheu 46–50, Wicken 140 bis 150, Peluschken 150–155, Ackerbohnen 160–170, Viktoriaerbsen bis 250 nom., kleine Kocherbsen bis 200 nom., Futtererbsen 170–175, Linsen 400, Seradella 80, Lupinen blau 60–70, gelb 80–90, Runkelrüben 7–8,50, Möhren rot 15–16, gelb 13–15, Raps 410, Leinsaat 330–360, Mohn 650, Senf 260 für 50 Kilo ab Verladestation.

Lokales.

△ **Weihnachtspaketverkehr.** Bei den zum Teil noch bestehenden Betriebsschwierigkeiten, die sich für die Postverwaltung namentlich aus dem Mangel an Beförderungsgelegenheiten ergeben, läßt es sich nicht umgehen, wie in den Vorjahren, zur Bewältigung des Weihnachtspäckereiverkehrs für kurze Zeit eine Beschränkung der Wertpaketbeförderung eintreten zu lassen. Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 24. Dezember werden deshalb, wie amtlich mitgeteilt wird, die Postanstalten zur Beförderung unter Wertangabe von mehr als 500 Mark von Privatpersonen nur solche Pakete annehmen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Wertpakete von mehr als 500 Mark mit anderem Inhalt müssen während der angegebenen Zeit von der Versendung unter der höheren Wertangabe ausgeschlossen werden. Die Sperre erstreckt sich nicht auf Wertpakete bis 500 M., sowie auf Eilsendungen und dringende Pakete. Die glatte Abwicklung des Verkehrs kann durch Beachtung nachfolgender Punkte wesentlich erleichtert werden. Die Pakete sind unter Verwendung guter Verpackungsstoffe recht dauerhaft herzustellen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und haltbar anzubringen, der Name des Bestimmungsortes unter näherer Bezeichnung der Lage besonders groß und kräftig anzugeben; die Weihnachtssendungen sind möglichst frühzeitig aufzuliefern. Auf die Beachtung der Vorschrift, auf dem Paket den Namen und Wohnort nebst Wohnung des Absenders anzugeben und in das Paket obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen, wird besonders hingewiesen.

Letzte Nachrichten.

Die bayerischen Truppen in Berlin eingetroffen.

Wie das „Berl. Tageblatt" erfährt, sind die zum „Wachtregiment Berlin" kommandierten bayerischen Kompagnien in Berlin eingetroffen. Wegen der bayerischen Proteste gegen die zukünftige Gestellung bayerischer Truppen wird die Reichsregierung sich mit Bayern in Verbindung setzen.

Sozialistische Regierung in Sachsen.

Bei den Beratungen über die Regierungsbildung in Sachsen ist den Unabhängigen das Ministerium des Innern eingeräumt worden, das von Lipinski übernommen wurde. Fleißner (U.S.P.) übernimmt das Kultusministerium, Jaeckel (U.S.P.) das Arbeitsministerium. Held (S.P.D.), der bisher Arbeitsminister war, erhält das Finanzministerium. Die übrigen Portefeuilles bleiben in den bisherigen Händen. Der Mehrheitssozialist Buck bleibt Ministerpräsident.

Das griechische Volk für König Konstantin.

Die Volksabstimmung in Athen ergab 99 Prozent für und nur ein Prozent gegen die Rückkehr des Königs Konstantin. Die Zahl der Stimmenthaltungen ist ganz unbedeutend. Die Straßen sind geflaggt, und es herrscht festliche Stimmung. Danach haben also die Venizelisten sich keineswegs der Stimme enthalten. — Einem Mitarbeiter des „Matin" sagte der König, er werde jedenfalls anfangs kommender Woche nach Griechenland zurückkehren. Griechenland werde sein Werk in Kleinasien fortsetzen und nicht aufgeben, was der Vertrag von Sèvres ihm zuspreche.

Ausweisung des Chefredakteurs des Berliner Polenblattes.

Der Chefredakteur des „Dziennik Berlinski", Herr Dr. Binz. Gorzycki, erhielt am 2. Dezember Befehl zum sofortigen Verlassen Preußens. Auf Intervention der polnischen Vertretung wurde die Ausweisung aufgeschoben. Am Dienstag abend hat nun Dr. Gorzycki unter polizeilicher Bewachung das preußische Staatsgebiet verlassen.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 7. Dezember 1920.

Etat der Domänenverwaltung.

Bei schwach besetztem Haus wird zunächst eine Reihe kleiner Anfragen erledigt. Darauf wird die Haushaltsberatung beim Haushalt der Domänenverwaltung fortgesetzt.

Abg. Peters-Hochdonn (Soz.) stimmt dem demokratischen Antrag zu, wonach der Pachtzins für die Domänen durch eine vertragsmäßig zu bestimmende Menge von Bodenfrüchten festgesetzt werden soll.

Abg. Kaulen (Ztr.) fordert eine tatkräftige Förderung der Landgewinnung an der friesischen Küste. Der Demokrat Westermann billigt den Gesetzentwurf über die Selbstverwaltung der Domänen und verlangt bessere Unterkunft für die Domänenarbeiter.

Abg. Held (D. Vp.) wendet sich gegen das Verhalten des preußischen Landwirtschaftsministers im Reichstag, billigt aber ausdrücklich seine sachlichen Ausführungen zur Düngemittelfrage.

Abg. Weißermel (Dnat.) lehnt die Vorlage über die Selbstbewirtschaftung der Domänen ab. Die Verwendung von 180 Millionen Mark für Experimente könne seine Fraktion nicht billigen.

Ein Regierungsvertreter rechtfertigt die hohen Forderungen mit dem gegenwärtigen Zustand der Domänen, die nur unter großen Kosten heraufgewirtschaftet werden können.

Abg. Klausner (U. S. r.) stimmt dem Entwurf zu, verlangt aber zur Vermeidung einer unbilligen Erhöhung der Pachtzinsen eine Abänderung der Pachtschutzordnung.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 7. Dezember 1920.

Kleine Anfragen.

In Beantwortung der kleinen Anfragen wurde u. a. mitgeteilt, daß ein Entschädigungsgesetz für die vertriebenen Elsaß-Lothringer dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen wird. Die Rente der Friedensrentenempfänger, die vor 1914 militärdienstbeschädigt wurden, sollen durch ein in Vorbereitung befindliches Gesetz erhöht werden.

Die für heute angesetzte Besprechung des Gesetzentwurfes über Erhöhung der Kinderzulagen für Beamte muß infolge Vorliegens neuer Anträge vertagt werden. Die zweite und dritte Lesung wird aber noch in dieser Woche erfolgen.

Etat des Reichsernährungsministeriums.

Die Debatte über den Haushalt des Reichsernährungsministeriums wird fortgesetzt. Eingegangen ist ein Antrag Aderhald (U. S. r.) auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die gegen den Reichsernährungsminister Hermes erhobenen Vorwürfe zu prüfen hat. Nach einem Antrag Müller-Franken (Soz.) soll ein Gesetzentwurf betr. Uebernahme der Erzeugung und des Vertriebes der künstlichen Düngemittel auf das Reich vorgelegt werden.

Abg. Blum (Ztr.) verurteilt das gestrige Ministerduell zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister Braun und dem Reichsernährungsminister Dr. Hermes aufs schärfste. Die Autorität des Staates werde durch solche Vorgänge schwer geschädigt. Ins Ausland dürfe keine Tonne Stickstoff kommen, die wir selber brauchen. Die Verreichlichung und Sozialisierung der Stickstofferzeugung sei nicht zu empfehlen.

Abg. Krüger-Hoppenrade (Dnat.) wünscht eine energische Stellungnahme der Reichsregierung gegen die Milchkühe-Forderung des Feindbundes.

Abg. Dusche (D. Vp.): Die wahllose Einführung des Achtstundentages durch die Sozialdemokratie hat die landwirtschaftliche Produktion ruiniert. Die preußische Denkschrift läuft auf eine Sozialisierung der Düngemittel hinaus. Eine Verminderung und Verteuerung der Düngemittel wäre die Folge.

Abg. Dr. Herz (U. S. rechts) rechtfertigt das Auftreten des Landwirtschaftsministers Braun. Die Landwirte kommen ihrer Ablieferungspflicht nicht nach.

Nach einer kurzen Entgegnung des Reichsministers Dr. Hermes wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Der Kampf um die Teuerungszulage.

— **Neue Forderungen der Eisenbahner.**

— Wie die „Freiheit" mitteilt, wird der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes in den nächsten Tagen einen Aufruf veröffentlichen, in dem für sämtliche Bedienstete der Eisenbahn, Beamte und Arbeiter eine wesentliche Erhöhung der Teuerungszulage verlangt wird.

Für die Lohnbediensteten wird allgemein die Erhöhung einer beweglichen Teuerungszulage um eine Mark pro Stunde gefordert. Für Beamte wird — unter Anwendung der von der Regierung vorgeschlagenen Kinderzulage — folgende Forderung erhoben: gleichmäßiger Teuerungszuschlag für alle Besoldungsgruppen in Ortsklasse A und B 8000, Ortsklasse C und D 7500, Ortsklasse E 7000, Steigerung der Kinderzulage um 100 v. H., Gleichstellung des Teuerungszuschlags für die Diätare mit den planmäßigen Beamten.

Bis zur Stunde habe eine Verhandlung zwischen der Organisation und der Regierung noch nicht stattgefunden. Die vom Hauptausschuß des Reichstages beschlossene Aufbesserung sei in keiner Weise geeignet, den durch die Not diktierten Forderungen der Bediensteten gerecht zu werden. Noch einmal werde zur Stunde der Versuch gemacht, direkte Verhandlungen herbeizuführen. Gelinge dies nicht, oder werde die Regierung ein Entgegenkommen ablehnen, dann werde auf dem schnellsten Wege der erweiterte Vorstand des Verbandes zusammentreten, um über die Mittel und Wege zu beschließen, die dann in Anwendung zu bringen sind.

Der Aufruf schließt mit der Aufforderung, alle Sonderaktionen zu vermeiden und einig und geschlossen zur gegebenen Stunde den drohenden Kampf aufzunehmen.

*

Nach Ansicht der „Voss. Zeitung" handelt es sich bei diesem Vorgehen der Eisenbahnarbeiterorganisationen um den Versuch, mit Hilfe der Beamten ihre eigenen Forderungen durchzusetzen und die Beamten zu verleiten, auf die bisherigen Sicherungen ihrer Existenz zu verzichten, um eines Augenblicksvorteils willen, der durch Zerstörung der Grundlagen der Beamtenexistenz allzu teuer erkauft wird. Bei der gemeinsamen Aktion hat man offenbar einen Streik im Auge, den man diesmal bei einer Beteiligung der Beamten mit Erfolg durchführen zu können glaubt. Es ist klar, daß ein solcher Streik eine schwere Erschütterung unseres Wirtschaftslebens zur Folge haben muß und sehr leicht den Auftakt für neue Putschunternehmungen der Linksradikalen bilden kann.

Der Reichstag wird sich durch diese neue Streikdrohung in seiner ablehnenden Haltung keinesfalls ins machen lassen, ebensowenig wie er dem Protest der Postbeamten nachgegeben hat. Noch in dieser Woche wird er die vom Ausschuß gebilligten Kinderzulagen bewilligen. Damit ist er den Wünschen der Beamtenschaft bis an die Grenze des Möglichen entgegengekommen. Eine weitere Belastung des Etats müßte unweigerlich zum finanziellen Zusammenbruch führen.

*

Die passive Resistenz der Postbeamten im Postdirektionsbezirk Karlsruhe ist im Abflauen begriffen.

*

Ein Abänderungsvorschlag der Mehrheitssozialisten.

Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat die S.P.D. Fraktion des Reichstages beschlossen, bei der bevorstehenden Debatte über die Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten einen Abänderungsantrag zu stellen, der auch eine Erhöhung der Zuschläge zum Grundgehalt und Ortszuschlag bis zur Grenze von 8700 Mark Grundgehalt vorsieht.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Die Besatzungsmächte haben durch ihre Botschafter in Berlin die Reden deutscher Minister im besetzten Gebiet als unerwünscht bezeichnet.

— Der Reichstagsausschuß hat den Abstimmungsvorschlag der Entente für Oberschlesien einmütig abgelehnt.

— Der Deutsche Eisenbahnerverband fordert eine wesentliche Erhöhung der Teuerungszulagen, die die von der Regierung zugestandenenen Aufbesserung weit übersteigen.

— Der Brüsseler Sachverständigenkonferenz zur Beratung der Wiedergutmachungsfrage soll eine Vorkonferenz der Alliierten ohne die Deutschen vorangehen.

— Die deutsche Valuta hat neuerdings wieder einen bedauerlichen Tiefstand erreicht. Der Markkurs steht augenblicklich ungefähr auf 6¼ Pfg. des Friedenswertes.

— Die Volksabstimmung in Athen ergab 99 Prozent für die Rückkehr des Königs Konstantin.

Eine Brüsseler Vorkonferenz ohne Deutsche.

Von gutunterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß der Beschluß der Konferenz der alliierten Minister in London bezüglich des deutschen Schadenersatzes folgendermaßen lautet:

Die finanziellen Sachverständigen der Alliierten werden sich ohne die deutschen Sachverständigen in der nächsten Woche nach Brüssel begeben. Ein Bericht über diese Konferenz wird sofort den verschiedenen Regierungen mitgeteilt werden. Darauf wird eine zweite Konferenz der Sachverständigen mit den Deutschen stattfinden, in der alle Fragen des Schadenersatzes eingehend beraten werden sollen. Die alliierte Wiedergutmachungskommission wird dann den von den Deutschen zu zahlenden Betrag und die Zahlungsweise in Uebereinstimmung mit dem Versailler Vertrag feststellen. Schließlich wird der Oberste Rat zusammentreten, um die Ausführung der endgültig festgesetzten Regelung zu sichern.

Es wäre nicht unwahrscheinlich, daß die Zusammenkunft in einer anderen Stadt als Genf stattfinden wird. Die Alliierten wünschen, die Frage des Schadenersatzes so bald wie möglich zu einer endgültigen Lösung zu bringen.

Schieben Sie doch

den Ankauf von Dr. Geniner's
Salmiak-Terpentin-Seifenpulver
Goldperle
nicht länger auf! Es schäumt und wäscht ausgezeichnet und gibt der Wäsche frischen Duft.
Zum Einweichen: Rotstern-Bleichsoda.

Buchdruckerei
HUGO MUNZER
Fernruf 27 — Rathausstr. 141. — Fernruf 27

Anfertigung von
DRUCKSACHEN
FÜR HANDEL, GEWERBE u. INDUSTRIE
in sauberer und geschmackvoller Ausführung
zu angemessenen Preisen

Verlag d. Spangenberger Zeitung

Für Händler!

Latschenzwirn

Wurstgarn

M. Bontscheck & Co.
Tauwerk- und Seilerwarenfabrik.
Cassel,
Karlsplatz 4. Tel. 5255

Möbliertes
Zimmer
für sofort zu vermieten.
Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Prachtvolle feste Büste
für jede Dame in nur wenigen Tagen äußerlich garantiert unschädliche Anwendung. Auskunft ganz kostenfrei nur Rückmarke erwünscht. Zollaufseher Osburg, Mühlberg a. Elbe, S. 120.

Inserate bis Dienstag abend und Freitag mittag erbeten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die überaus zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus. Insbesondere danken wir der Stadt, den städtischen Beamten und Angestellten, den Beamten des Amtsgerichts, den Angestellten der Firma Woelm, dem „Gemischten Chor" für die erwiesene letzte Ehre und Herrn Metropolitan Schmitt für die trostreichen Worte im Hause und am Grabe.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:
Konradine Werner geb. Kerste.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen allen herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Metropolitan Schmitt für die trostreichen Worte im Hause und am Grabe. Dank dem Müttervereine, der unsere liebe Entschlafene zur letzten Ruhestätte begleitete.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:
Jakob Böttiger.

Die **Schuhhändler**
des ganzen Umkreises
treffen sich
zum Einkauf
bei
Goldschmidt-Hahn
Schuhgroßhandlung
Cassel — Mauerstr. 20.

Back- und Puddingpulver, Corinthen Rosinen, Mandeln, feinste Margarine-Pflanzenbutter, Vanille, Vanillezucker Syrup, Kunsthonig, Naturhonig, Honigkuchen-Backpulver, Gelatine, Zitronen Hasel- und Wallnüsse, Pfefferkuchen Christbaumkerzen.

Richard Mohr.

Weihnachten rückt heran!

Ich empfehle als schöne praktische Geschenke:
Schmucksachen neuester Art
für Herren, Damen und Kinder.
Für Verlobungen
empfehle ich meine fugenlosen goldgelben
Trauringe
jeder Größe, jeden Feingehaltes u. jeder Preislage.
Taschen-, Wand- und Wecker-Uhren
Alumini. mlöffel, Mundharmonikas.
Friedmanns'
Uhrenhandlung und Reparaturwerkstatt.

Kaufe jedes Quantum gute
Aepfel
Gebe pro Zentner **100 Mark.**
Hebeler.

Für Wiederbringer
meines entwendeten kleinen **Leiter-Handwagens** gute Belohnung zugesichert.
Förster Stein.

Instalation v. elektrischen Licht- und Kraftanlagen
sowie
Lieferung und Aufstellen von Motoren und Transmissionen
werden sauber und fachm. nach den Vorschriften des Ueberlandwerks Eddertalsperre ausgeführt.
Ferner sind in größerer Auswahl zu haben
Beleuchtungskörper und Glühlampen 110 und 220 Volt
Bestellungen bei:
H. Werner, Burgstraße 92. — C. Kuhnau, Langegasse.

---

2 junge Hühner
zu verkaufen.
Wilhelm Lett, Bergheim.

HERDE
mit und ohne Rumpf
ÖFEN
mit und ohne Wasserschiff, sowie
KESSEL
von 150 Mark an
empfiehlt
Levi Spangenthal
Obergasse 174 — Obergasse 174.

Echt Porzellan!
Teller und Schüsseln
Eß- und Kaffeeserviese
in großer Auswahl zum billigsten Preise.
Richard Mohr.

Es sind noch eine ganze Menge Lichtbücher abzugeben, und da ich denselben natürlich nicht dauernd nachlaufen kann, bitte ich, solche unverzüglich in meiner Fabrik im Dörnbach abzugeben.

Gleichzeitig erwähne ich, daß noch eine Menge Rückstände zu bezahlen sind und ich muß bitten, diese bis zum nächsten Zahltag,

am Dienstag, den 14. Dezember 1920

bestimmt zu erledigen, andernfalls ich die Beträge zwangsweise beitreiben lassen muß.

G. W. Salzmann.

Zug-, Wand-, Steh- und Hängelampen
für Petroleum und Carbid
zu vorjährigen Preisen. Sehr billig.
Carbid und Petroleum
unter Höchstpreis.
Richard Mohr.

Stempel
liefert schnell und preiswert
Buchdruckerei.

Geschenkartikel
in großer Auswahl
empfiehlt
Richard Mohr.